

L-02 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Gremium: Landesvorstand  
Beschlussdatum: 31.10.2019  
Tagesordnungspunkt: TOP 4 Leitantrag zum Thema Klimaschutz

1 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

2 „Es sind die Städte, wo der Kampf um das Klima weitestgehend gewonnen oder verloren wird“  
3 António Guterres, Generalsekretär der Vereinten Nationen

4 In Berlin jagt ein Rekord-Hitze-Jahr das nächste, die Bäume bekommen zu wenig Wasser und  
5 wenn es dann regnet, fällt oft so viel Niederschlag, dass er durch die versiegelten  
6 Stadtflächen kaum aufgenommen werden kann. Allein im Jahr 2018 sind laut dem Robert-Koch-  
7 Institut mehr als 800 ältere Menschen an der Hitzewelle in Berlin und Brandenburg gestorben.  
8 Das sind nur die spürbarsten Auswirkungen der Klimakrise, die nun auch Berlin erreicht. Doch  
9 Berlin steht nicht allein da. Weltweit sind die Folgen des Klimawandels verheerend. Die  
10 Gletscher schmelzen rapide, die Dürren in der Sahelzone sind länger denn je und die  
11 Permafrostböden in der Tundra tauen immer schneller auf. Das Artensterben hat  
12 erdgeschichtliche Dimensionen angenommen und immer mehr Inseln und Küstenregionen werden  
13 Opfer eines steigenden Meeresspiegels. Das Zeitfenster, noch schlimmere Folgen durch die  
14 Klimakatastrophe abzuwenden, schließt sich täglich mehr und mehr. Die Klimakrise wird sich  
15 nicht nur lokal lösen lassen, aber wir können und müssen aus Berlin dazu beitragen, diese  
16 Menschheitsaufgabe zu bewältigen. Wer heute vernünftig ist, weiß, dass wir radikal handeln  
17 müssen, um unsere Lebensgrundlage noch zu retten.

18 Das, und nicht weniger, ist unser Ziel! Dafür dürfen wir die Verantwortung nicht an andere  
19 abschieben, sondern müssen mit voller Kraft auf allen Ebenen Maßnahmen für den Klimaschutz  
20 ergreifen. Aber statt beherzt anzupacken, legt die Bundesregierung ihre Hände in den Schoß.  
21 Das sogenannte Klimapaket ist den Namen nicht wert, den es trägt. Ohne einen schnellen,  
22 ehrlichen CO<sub>2</sub>-Preis wird Klimaschutz konterkariert. Ohne Maßnahmen zur energetischen  
23 Modernisierung von Gebäuden und einen schnellen Kohleausstieg brauchen wir von Klimaschutz  
24 gar nicht zu sprechen. Und ohne eine Abkehr von der Massentierhaltung ist das Label  
25 Klimaschutz auf dem Paket nur ein Etikettenschwindel. Für Bündnis 90/Die Grünen Berlin ist  
26 das aber kein Grund, nur mit dem Finger auf den Bund zu zeigen. Wir werden die  
27 Verantwortung, die wir hier tragen, auch weiterhin annehmen. Wir wollen und werden handeln,  
28 sowohl auf Bezirks- als auch auf Landesebene. Dabei werden wir uns nicht mit einzelnen,  
29 symbolischen Maßnahmen zufriedengeben, sondern wollen vor allem strukturelle Änderungen in  
30 Angriff nehmen. Denn die viel zu oft angeführten „Sachzwänge“ sind bei genauerer Betrachtung  
31 meist auf strukturelle Fehler zurückzuführen. Deshalb ist es entscheidend, dass wir die  
32 Strukturen und Verfahren so verändern, dass sie dauerhaft für eine sozial-ökologische  
33 Transformation arbeiten und klimaschädliches Verhalten bestrafen. Denn wir meinen es ernst  
34 mit dem Klimaschutz.

35 Klimaschutz ist für uns kein neues Modethema, sondern entscheidend, um eine lebenswerte  
36 Zukunft für uns und nachfolgende Generationen zu schaffen. Wir stehen hier auch in der  
37 Verantwortung gegenüber den Menschen im globalen Süden, die weniger zur Klimakatastrophe  
38 beigetragen haben, aber noch stärker von ihr betroffen sind. In diesem Wissen haben wir uns  
39 schon 2016 mit dem rot-rot-grünen Koalitionsvertrag in Berlin hohe Ziele für konsequenten  
40 Klimaschutz in Berlin gesetzt, die wir Schritt für Schritt abarbeiten – vor Augen haben wir  
41 dabei das viel größere Ziel, den nötigen, umfassenden Umbau unserer Gesellschaft und unserer  
42 Stadt. Mit Deutschlands erstem Mobilitätsgesetz bauen wir Berlin sukzessive zu einer

43 nachhaltigen Stadt um. Klimafreundliche Mobilität und schwächere Verkehrsteilnehmer\*innen  
44 haben bei uns Vorfahrt. Für den Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs stellen wir 28  
45 Milliarden Euro zur Verfügung. Unser Ziel ist nicht nur eine Verkehrswende, sondern der  
46 Umbau unserer Stadt, autofreie Kieze, neue Freiheit durch neue Räume zum Leben und eine  
47 völlig neue Mobilität, die so komfortabel ist, dass sie das eigene Auto weitgehend  
48 überflüssig macht.

49 Mit einer Grünbauoffensive wollen wir auch im neuen Doppelhaushalt ein klares Signal setzen,  
50 dass Klimaschutz kein Luxus ist, sondern existentiell für Wohlbefinden und  
51 Überlebensfähigkeit. Denn alle Menschen müssen sich Klimaschutz leisten können. Mit der  
52 Charta für das Berliner Stadtgrün entwickeln wir einen Leitplan, um das Stadtgrün zu  
53 schützen und zu pflegen und haben dafür bereits im letzten Haushalt die Mittel um mehr als  
54 150 Prozent erhöht. Bei der Regenwasserbewirtschaftung haben wir einen Paradigmenwechsel  
55 eingeleitet, der Berlin zur Schwammstadt macht. Und mit dem Berliner Energie- und  
56 Klimaschutzprogramm (BEK) haben wir den Fahrplan zu einer klimaneutralen und  
57 klimaangepassten Stadt festgelegt. Wir bauen das Stadtwerk aus und stellen die Berliner  
58 Busflotte auf Elektro um. Wir steigen schrittweise bis 2030 aus der Kohleverstromung aus und  
59 beweisen damit, dass dies selbst bei einer kohlekraftbasierten Wärmeversorgung möglich ist.  
60 Und mit einer umfassenden Ernährungsstrategie und der Kantine Zukunft Berlin beginnen wir,  
61 die Ernährungswende in Berlin Wirklichkeit werden zu lassen. All das sind Schritte auf dem  
62 Weg zu einer Stadt, die klimaneutral ist, die mit der Natur funktioniert, nicht gegen sie,  
63 und die dadurch den Berliner\*innen mehr Lebensqualität gibt. Eine solche Stadt gibt es  
64 bislang weltweit nicht. Wir treten an, um die guten Ansätze, die weltweit ausprobiert  
65 werden, in Berlin zusammen zu führen und zu beweisen, dass Metropole, Nachhaltigkeit und  
66 Lebensqualität zusammengehören.  
67 Wir haben viele konkrete Schritte eingeleitet, doch das reicht uns noch lange nicht. Wir  
68 brauchen mehr!

69 Klimavorbehalt jetzt!

70 Um Klimaschutz wirklich in den Strukturen zu verankern, müssen wir die klimapolitischen  
71 Folgen aller politischen Entscheidungen abschätzen und abwägen. Deshalb müssen die  
72 Klimafolgen ein wichtiges Kriterium für politische Entscheidungen werden. Dazu ist in einem  
73 ersten Schritt mehr Transparenz über die Klimarelevanz politischer Entscheidungen und eine  
74 Klimafolgenabschätzung nötig. Um dies dauerhaft in den Strukturen zu verankern, wollen wir,  
75 dass die zu erwartenden CO<sub>2</sub>-Emissionen der öffentlichen Verwaltung ausgewiesen werden.

76 Klimaschutz ist eine Querschnittsaufgabe und alle Senatsverwaltungen müssen bei ihren  
77 Entscheidungen das Klima im Blick haben. Neben dem Klimavorbehalt wollen wir prüfen,  
78 inwieweit auch Klima-Monitoring in Berlin eingesetzt werden kann, um dauerhaft und  
79 strukturell die Belastung des Klimas zu evaluieren. Das vom Bündnis für Klimaschutz der  
80 Kommunen entwickelte Monitoringsystem BSKO, das bereits in Charlottenburg-Wilmersdorf  
81 angewandt wird, kann hier als Vorbild dienen. Es ist entscheidend, dass Zahlen und Fakten,  
82 wie wirkungsvoll Klimaschutzmaßnahmen sind, auch veröffentlicht werden. Darüber hinaus  
83 streben wir ein Klimabudget nach Osloer Vorbild an. Damit würde Berlin nicht nur ein  
84 Jahresziel, sondern eine CO<sub>2</sub>-Emissionsobergrenze bekommen, deren Aufteilung und Überwachung  
85 von einer mit entsprechenden Kompetenzen und Ressourcen ausgestatteten Energie- und  
86 Klimaverwaltung übernommen wird.

87 Aus den Bezirken heraus das Klima retten!

88 Für uns spielen beim Klimaschutz die Bezirke, die konkret vor Ort Berlin gestalten, eine  
89 zentrale Rolle. Deshalb fordern wir mindestens eine\*n Klimaschutzmanager\*in pro Bezirk,  
90 die\*der effektiv in die Strukturen der Verwaltung eingegliedert werden muss, und mit

91 konkreten Aufgaben betraut werden soll. Die Bezirke können vieles leisten, gerade bei der  
92 Umsetzung des BEK sind sie ganz entscheidende Akteur\*innen.

93 Wir wollen die Bezirke dazu befähigen, aktiv für die Entsiegelung der Böden und somit für  
94 eine atmende Stadt zu sorgen. Dafür müssen die bezirklichen Energiemanager\*innen endlich  
95 gestärkt und eine Stelle für die Bauberatung in jedem Bezirk geschaffen werden. Was wir  
96 heute bauen, wird auch noch in den nächsten Jahrzehnten Berlin prägen. Daher ist es  
97 entscheidend, dass alle, die jetzt neu bauen, auch wissen, was ökologisch machbar und  
98 notwendig ist, welche Materialien zur Verfügung stehen und welche Fördertöpfe es gibt.  
99 Maßnahmen gibt es viele, doch oft fehlt schlicht das Wissen.

100 Darüber hinaus wollen wir die Haushalte der Bezirke, die durch die Kosten-und-Leistung-  
101 Rechnung (KLR) geprägt sind, nachhaltig umgestalten. Wir fordern, dass Klimaschutz Einzug in  
102 die KLR-Berechnung der Bezirke nimmt. Bezirke, die faire und ökologische Produkte  
103 beschaffen, die ihre Gebäude sanieren und Grünflächen pflegen, dürfen dafür nicht länger  
104 finanziell bestraft werden. Die KLR-Kriterien müssen auf ihre Nachhaltigkeit überprüft und  
105 konkrete Änderungen schnellstmöglich umgesetzt werden.

106 Wir müssen die Bezirke in die Lage versetzen, sich gut und gründlich um ihr Grün kümmern zu  
107 können. Dafür ist es entscheidend, dass insbesondere die Grünflächenämter finanziell und  
108 personell gut ausgestattet sind und dass die Zahlung für die Pflege und Neupflanzung der  
109 Bäume deutlich erhöht wird. Dies müssen wir mit dem nächsten Doppelhaushalt erreichen, damit  
110 Berlin weiter grün aufblüht.

111 In den Berliner Bezirken wächst eine vielfältige Landschaft spannender Initiativen für eine  
112 nachhaltige Ernährung: gläserne Küchen, urbane Gärten, Verteilnetze der solidarischen  
113 Landwirtschaft, Verarbeitung geretteter Lebensmittel – sie und viele andere wirken vor Ort.  
114 Bündnis 90/Die Grünen Berlin fördern und unterstützen diese Initiativen, z.B. durch die  
115 Einrichtung von LebensMittelpunkten in den Berliner Kiezen. Dort sollen Räume für  
116 Initiativen und kleine Unternehmen entstehen, um Lebensmittel zu lagern, zu verteilen und  
117 weiter zu verarbeiten. LebensMittelpunkte sollen auch Orte der Begegnung, des gemeinsamen  
118 Kochens und des Austauschs werden.

119 Und nicht zuletzt wollen wir den Fuhrpark der Bezirke auf E-Mobilität umbauen und es  
120 ermöglichen, endlich auch Dienstfahrräder anzubieten.

121 Indem wir die Bezirke beim Klimaschutz stärken und besser ausstatten, ermöglichen wir  
122 wegweisende strukturelle Veränderungen, die dauerhaft wirken und nachhaltig eine  
123 Klimaschutzpolitik von unten heraus befördern.

124 Berlin geht voran: Raus aus der Kohle, rein in die Erneuerbaren

125 Berlin wird bis 2030 komplett aus der Kohleverstromung aussteigen. Bereits 2017 haben wir  
126 das letzte Braunkohlekraftwerk vom Netz genommen und stoßen so jedes Jahr 600.000 Tonnen CO<sub>2</sub>  
127 weniger aus. Auch die Abschaltung des Steinkohlekraftwerks Reuter ist ein großer Schritt und  
128 verringert den Berliner CO<sub>2</sub>-Ausstoß um 400.000 Tonnen. Damit haben wir in dieser  
129 Legislaturperiode zwei von anfangs noch vier verbliebenen Kohlekraftwerken vom Netz  
130 genommen.

131 Aber auch der Kohleausstieg muss verantwortlich organisiert werden. Wir müssen die Strom-  
132 und die Wärmeversorgung der Stadt sicherstellen. Dazu gehört, dass wir das Berliner  
133 Fernwärmenetz – eines der größten Europas – nachhaltig und ökologisch umbauen. Dies ist  
134 entscheidend, denn die Produktion von Wärme erzeugt mit großem Abstand das meiste CO<sub>2</sub> in  
135 Berlin. 18 Prozent des gesamtberliner CO<sub>2</sub>-Ausstoßes ist verschuldet durch die jährliche

136 Verfeuerung von 1,2 Millionen Tonnen Steinkohle. Damit muss so schnell wie möglich Schluss  
137 sein.

138 Zusammen mit Vattenfall hat unsere Klimaschutzsenatorin Regine Günther eine Studie  
139 vorgelegt, die aufzeigt, dass und wie wir bis spätestens 2030 aus der Kohle aussteigen  
140 können. Diese kommt zu dem Ergebnis, dass dabei übergangsweise nicht auf Erdgas verzichtet  
141 werden kann. Wir müssen schon heute Schritte einleiten, um den Ausstieg aus dem fossilen Gas  
142 zu bewerkstelligen. Daher müssen die Gaskraftwerke so gestaltet sein, dass sie sukzessive  
143 mit Erneuerbarem Gas befeuert werden können. Die Wärme aus der Müllverbrennung wollen wir  
144 effektiver nutzen als bisher. Für uns ist jedoch klar: Das Ziel der Zero Waste Stadt darf  
145 nicht konterkariert werden und wir wollen die Müllverbrennungsmenge nicht über den Status  
146 Quo ausweiten. Deshalb muss vor allem der Ausbau der Erneuerbaren Energien in der Strom- und  
147 Wärmeerzeugung und die Sektorkopplung zur Nutzung von Grünem Gas verstärkt vorangetrieben  
148 werden. Zur Initiierung, Umsetzung und Begleitung entsprechender Pilotprojekte werden wir  
149 die Energieverwaltung weiter stärken. Um die vorhandenen Erneuerbaren Energienpotentiale  
150 besser und schneller zu nutzen und den Kohleausstieg zu meistern, sollte die energetische  
151 Modernisierung der Gebäude konsequent und sozialverträglich vorangebracht werden. Um die  
152 Integration Erneuerbarer Energien und Abwärme in die Wärmenetze voranzutreiben, fordern wir  
153 darüber hinaus den Senat auf, für die zukünftige Wärmeversorgung die Berliner Potentiale  
154 emissionsarmer Wärmeerzeugung kontinuierlich und intensiv zu analysieren.

155 Wir wollen weiterhin den kommunalen Einfluss auf die Energienetze stärken, um Potentiale für  
156 Sektorkopplung und Flexibilisierung des Energiesystems besser zu nutzen und Einnahmen in  
157 eine nachhaltig versorgte Stadt zu reinvestieren. Neben der Fortführung der  
158 Rekommunalisierungsverfahren werden wir auch Gespräche mit den derzeitigen  
159 Netzbetreiber\*innen führen, um den gemeinsamen Nutzen für eine nachhaltige und  
160 sozialverträgliche Energiewende zu identifizieren und sie insbesondere auf eine  
161 gesamtstädtische Energieplanung zu verpflichten.

162 Wenn wir die Zukunft unsere Lebensgrundlage nicht aufs Spiel setzen wollen, müssen wir den  
163 Wärme- und Energieverbrauch in unseren Häusern erheblich reduzieren. Auch die Wärmeerzeugung  
164 jenseits des Fernwärmenetzes müssen wir in den Blick nehmen. Deshalb haben wir mit dem BEK  
165 auch ein Förderprogramm zum Abwracken alter Ölheizungen aufgelegt und werden erneuerbare  
166 Wärme deutlich stärker fördern. Wir werden ein Berliner Erneuerbare-Wärme-Gesetz erarbeiten,  
167 wodurch wir gewährleisten, dass beim Neubau und beim Austausch von Heizungsanlagen die  
168 künftig produzierte Wärme zu einem vorgegebenen Anteil durch erneuerbare Energien gedeckt  
169 wird.

170 Dazu haben wir bereits die Beratung für die energetische Quartierssanierung auf den Weg  
171 gebracht. So ermöglichen wir eine gemeinschaftliche ökologische Versorgung mit Wärme, die  
172 energieeffizienter und günstiger ist als isolierte Einzellösungen. So kann örtlich erzeugte  
173 Wärme aus verschiedenen regenerativen Quellen in Nahwärmenetze eingespeist, mit Speichern  
174 verknüpft und lokal verteilt werden – ob Solarthermie, Abwärme, Abwasserwärme, Geothermie  
175 oder Power2Heat aus Stromüberschüssen oder Kraft-Wärme-Kopplung. Darüber hinaus fördern wir  
176 auch seit Anfang Oktober über das Förderprogramm „Energiespeicher PLUS“ Stromspeicher mit bis  
177 zu 15.000 Euro.

178 Für uns ist es auch zentral, dass Berlin seinen Beitrag bei der Erzeugung von ökologischem  
179 Strom stärker wahrnimmt. Wir haben das Ziel, dass ein Viertel des in Berlin benötigten  
180 Stromes durch Solaranlagen generiert wird. Deshalb wollen wir bei Neubauten Solar-Anlagen  
181 zur Pflicht machen. Nur so können wir gewährleisten, dass dauerhaft und strukturell  
182 befördert der Ausbau an Photovoltaik-Anlagen auch gelingt. Dabei schließt eine Photovoltaik-  
183 Anlage die Begrünung von Dächern oder Fassaden nicht aus, sondern potenziert den Nutzen.

184 Auch den Mieterstrom werden wir deutlich ausbauen. Die bisherigen Mieterstrom-Projekte des  
185 Berliner Stadtwerks versorgen schon in über 6.000 Haushalten die Mieter\*innen mit CO<sub>2</sub>-  
186 sparendem Photovoltaik-Strom.

187 Für uns ist klar: Die öffentlichen Gebäude müssen als Vorbild dienen und vorangehen. Wir  
188 setzen uns dafür ein, dass die Wirtschaftlichkeitsprüfung bei der Errichtung von  
189 Photovoltaik-Anlagen auf landeseigenen Gebäuden gestrichen wird, damit in Zukunft  
190 unbürokratisch und überall auch ökologischer Strom erzeugt werden kann. Der von unserer  
191 Energiesenatorin Ramona Pop angestoßene „Masterplan Solar City“ hat gemeinsam mit vielen  
192 Akteur\*innen der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft eine ganze Reihe von strukturellen  
193 Hemmnissen identifiziert, die wir nun angehen bzw. beseitigen müssen und wollen. Im Rahmen  
194 der Implementierung des Masterplans Solar City wollen wir auch mehr Photovoltaik-Anlagen auf  
195 Gebäuden errichten, die im Eigentum von natürlichen Personen oder Unternehmen sind. Mit der  
196 Novelle des Berliner Energiewendegesetzes werden wir nicht nur die Klimaziele von Paris für  
197 das Land verpflichtend machen, sondern den Klimaschutz so in den Strukturen verankern, dass  
198 endlich alle Ressorts dazu beitragen. Und wir nehmen die landeseigenen Unternehmen stärker  
199 in die Pflicht: Wir wollen, dass alle Unternehmen einen Fahrplan aufstellen, wie sie  
200 möglichst schnell klimaneutral wirtschaften können. Uns reichen nicht ein paar wenige  
201 Photovoltaik-Anlagen auf Berlins Dächern. Mit der reformierten Bauordnung, der Abschaffung  
202 der Wirtschaftlichkeitsprüfung, der Novelle des Energiewendegesetzes und dem „Masterplan  
203 Solar City“ wollen wir die Strukturen so verändern, dass sie dauerhaft zu mehr PV-Anlagen  
204 führen.

205 Mit unserem Beschluss „[Berliner Sonne – Die Energie der Zukunft!](#)“ haben wir darüber hinaus  
206 noch viele weitere Maßnahmen beschlossen, damit Berlin zur Hauptstadt der Erneuerbaren  
207 Energien wird.

208 Bauen wir die Zukunft

209 Nach wie vor sind Gebäude und vor allem die Wärmeerzeugung der größte CO<sub>2</sub>-Erzeuger in  
210 Berlin. Wir müssen daher bei Neubauten von vornherein alle Möglichkeiten ausschöpfen, um CO<sub>2</sub>  
211 zu binden, durch ökologische Standards bei den Baustoffen gar nicht erst zu erzeugen bzw.  
212 immer weiter zu reduzieren und die Lebenszyklen von Gebäuden mitbedenken.

213 Die Häuser und Quartiere, die wir heute planen und bauen, prägen unser Stadtbild und unsere  
214 Lebensqualität für die nächsten Jahrzehnte. Deshalb müssen sie ökologisch, klimaneutral und  
215 nachhaltig angelegt werden. Wir setzen beim Bau neuer Gebäude und bei der Modernisierung auf  
216 ökologische, energieeffiziente, Umwelt und Klima schützende Baustoffe wie Holz, Lehm,  
217 Naturstein oder Recyclingbeton. Mit der Verwaltungsvorschrift zur umweltfreundlichen  
218 Beschaffung haben wir für die öffentlichen Bauvorhaben bereits eine wichtige Weiche  
219 gestellt. Wir wollen darüber hinaus ein Förderprogramm bzw. verpflichtende Vorgaben für  
220 landeseigene Betriebe und Wohnungsbaugesellschaften für den Holzbau und den Aufbau eines  
221 Holzbaucusters, damit diese Schritt für Schritt dazu verpflichtet werden, Mindestquoten  
222 beim Holzbau zu erfüllen. Auch für Recyclingbeton fordern wir Mindestquoten, u.a. bei allen  
223 Neubauten. Leitkonzepte zur Regenwasserbewirtschaftung und Hitzeanpassung machen größere  
224 Wohnungsbauvorhaben klimafest.

225 In den neuen Stadtquartieren muss flächensparend und umweltgerecht gebaut werden. Die Nähe  
226 von Wohnraum und Arbeitsplätzen sowie Infrastruktur für Bildung und Kultur, Naherholung und  
227 Versorgung ist wichtig, da sie nicht nur ihren Teil zur besseren Klimabilanz beiträgt,  
228 sondern auch die Lebensqualität der Bewohner\*innen erhöht. Quartiere, die wir jetzt planen,  
229 müssen von Beginn an autoarm und klimaneutral konzipiert werden, gut mit Rad, Bus und Bahn  
230 erreichbar sein und Komfort für Fußgänger\*innen bieten. Bei landeseigenen Gebäuden und

231 Infrastrukturmaßnahmen müssen ökologische Standards bindend sein und zwingend umgesetzt  
232 werden. Dafür stellen wir für alle landeseigenen Gebäude verbindliche Sanierungsfahrpläne  
233 auf und preisen den Klimaschutz bei Kosten-Nutzen-Betrachtungen zum CO<sub>2</sub>-Schadenspreis ein.  
234 Gleiches gilt für die Wohnungsbestände der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften und alle  
235 Gebäude der landeseigenen Betriebe. Die öffentliche Hand hat hier Vorbildcharakter und muss  
236 die Umsetzung guter Lösungen aktiv und wirkungsvoll vorantreiben. Um die Ziele zu erreichen  
237 müssen wir Strukturen und Vorschriften, die Klimaschutz und Klimaresilienz befördern, fest  
238 in den Bebauungsplänen integrieren. Auch bei städtebaulichen Rahmenverträgen, Wettbewerben  
239 oder anderen Instrumenten müssen klimaschützende Maßnahmen zentrale Entscheidungsmerkmale  
240 sein.

241 Um ökologisches und energetisch nachhaltiges Bauen dauerhaft und strukturell zu fördern,  
242 werden wir die breiten Erkenntnisse zur zeitgemäßen Bauweise in einem Informationszentrum  
243 für energetisches, sozialverträgliches und nachhaltiges Bauen und Modernisieren öffentlich  
244 zugänglich machen. Wir wollen ein Bauinformationszentrum, das eine breite Beratung von  
245 öffentlichen und privaten Eigentümer\*innen jeglicher Größe und Couleur sicherstellt.  
246 Wichtige Aktivitäten sind die Kommunikation und die Vernetzung der Akteur\*innen, die  
247 anwendungsorientierte Forschung (unter Nutzung der Berliner Hochschul- und  
248 Forschungslandschaft) und die Begleitung und Dokumentation von Projekten und Vorhaben. Mit  
249 der Eröffnung des SolarZentrums haben wir einen ersten Baustein im Energiebereich bereits  
250 geschaffen.

251 Wer den Klimaschutz ernst nimmt, muss jedoch vor allem die energetische Modernisierung der  
252 Gebäude im Bestand in Angriff nehmen. Das derzeitige Tempo ist zu gering und der Umfang und  
253 die Qualität der Maßnahmen reichen längst nicht aus, um die Klimaschutzziele 2030 zu  
254 erreichen. Zudem werden häufig nicht einmal die vorausberechneten Energieeinspareffekte  
255 durch die Modernisierungen erreicht.

256 Fest steht, dass wir unsere Anstrengungen vervielfachen müssen, um den Zielen des Pariser  
257 Klimaschutzabkommens gerecht zu werden. Wir wissen: Dazu müssen wir die verschiedenen  
258 Hauseigentümer\*innen gewinnen. Dabei setzen wir auf eine Mischung aus aktivierender  
259 Beratung, bedarfsgerechten Unterstützungsangeboten und ordnungsrechtlicher Verpflichtung zu  
260 einfach umsetzbaren und rasch erfolgversprechenden Maßnahmen sowie zur Erstellung von  
261 verbindlichen Modernisierungsfahrplänen für weitere Schritte.

262 Dem Land Berlin kommt bei der energetischen Gebäudemodernisierung der eigenen Bestände eine  
263 Vorbildrolle zu. Das gilt nicht nur für öffentliche Gebäude, sondern auch für die  
264 landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften. Wir setzen uns deshalb dort für  
265 Modernisierungskonzepte ein, die konsequenten Klimaschutz und Sozialverträglichkeit sowie  
266 Bewohnerbeteiligung beispielgebend verbinden.

267 Bei der Finanzierung der Klimaschutzmaßnahmen im Gebäudebereich brauchen wir eine gerechte  
268 Lastenteilung zwischen Vermieter\*innen, Mieter\*innen und der öffentlichen Hand. Dazu bedarf  
269 es endlich einer Reform des Mietrechts auf Bundesebene, denn das derzeitige System, das die  
270 Kosten energetischer Modernisierungen im Mietwohnungsbestand komplett auf die Mieter\*innen  
271 abwälzt, ist mehr als unsozial. Zudem führt die Modernisierungsumlage, die der  
272 Bundesgesetzgeber vorschreibt, zu keiner ökologischen Steuerung und wird oft für  
273 Mietsteigerungen durch die Hintertür bis hin zum „Herausmodernisieren“ weniger-  
274 zahlungskräftiger Bewohner\*innen missbraucht. Bündnis 90/Die Grünen Berlin fordert deshalb  
275 ein Drittelmodell, das neben den Mieter\*innen auch die Vermieter\*innen an der Finanzierung  
276 der Kosten beteiligt. Entscheidend wird dabei sein, die Kosten für die Mieter\*innen  
277 überschaubar und kalkulierbar zu halten. Der Weg, den Berlin hier im Zuge des Mietendeckels

278 geht, kann hier vorbildlich sein, denn gerade die Umlage auf die Mieter\*innen muss gedeckelt  
279 werden.

280 Wir denken Klimaschutz und Gerechtigkeit zusammen. Für uns ist klar, dass der Mietendeckel  
281 das Problem der bisher zu niedrigen Sanierungsrate nicht lösen kann, jedoch darf er auch  
282 nicht dazu führen, dass sinnvolle energetische Sanierungen ausgebremst werden. Deshalb haben  
283 wir ein neues Umlagesystem durchgesetzt, das dafür sorgt, dass sich neben den Mieter\*innen,  
284 auch Vermieter\*innen und das Land Berlin an den Kosten beteiligen und die Umlage auf die  
285 Mieter\*innen auf maximal ein Euro pro Quadratmeter gedeckelt ist. Um dies auch wirklich  
286 umsetzen zu könne, muss das dazugehörige Förderprogramm deutlich aufgestockt und verbessert  
287 werden. Außerdem werden wir uns dafür einsetzen, dass durch Mietzuschüsse Menschen mit  
288 geringen Einkommen unterstützt werden, die Kosten für die energetische Modernisierung zu  
289 tragen. Damit wird in Berlin schon bald das faire Drittelmodell Wirklichkeit. Für bereits  
290 energetisch modernisierte Wohnungen setzen wir uns zudem auf Bundesebene für einen  
291 Klimazuschuss zum Wohngeld sowie generell für eine echte Härtefallregelung ein, damit sich  
292 auch Haushalte mit geringen Einkommen diese Wohnungen leisten können.

293 Verkehrswende ist Klimawende

294 Neben den Gebäuden ist der Verkehr der zweitgrößte Verursacher von CO<sub>2</sub> in Berlin. Daher ist  
295 die Verkehrswende nicht nur geboten, um Berlin lebenswerter zu gestalten, den Verkehr  
296 sicherer zu machen und eine faire Verteilung des öffentlichen Raums zu erreichen, sondern  
297 auch, um die Klimakatastrophe noch abzuwenden.

298 Für uns steht fest: Der motorisierte Individualverkehr muss dafür auf ein Minimum reduziert  
299 werden. Autofreie Kieze, eine verbrennerfreie Innenstadt und ein deutlich besser ausgebautes  
300 ÖPNV-Angebot sind dabei zentrale Ziele unserer Politik. Die Entwicklung neuer  
301 Mobilitätsdienstleistungen entwickelt sich ebenso rasant wie die Forschung zu neuen  
302 Fahrzeugtechnologien und macht Berlin zu einem Reallabor und internationalem Schaufenster.  
303 Dies wollen wir gestalten und steuern.

304 Wir wollen alles unternehmen, um den Umstieg vom Auto aufs Rad, in Bus oder Bahn oder auf  
305 die eigenen zwei Beine zu befördern. Mit einem umfassenden Radverkehrsnetz, mit geschützten  
306 Radstreifen und Radwegen an Hauptstraßen, mit 100 Kilometern Radschnellverbindungen und mit  
307 dem Ausbau von Fahrradabstellanlagen machen wir das Radeln attraktiver.

308 Mit einer Übernachtungsabgabe wollen wir, dass alle Tourist\*innen für die Zeit ihres  
309 Aufenthaltes automatisch ein Ticket für den ÖPNV erhalten. Wir halten auch am Ziel der  
310 Einführung eines Barentickets fest, wodurch alle Berliner\*innen durch eine solidarisch  
311 gezahlte Abgabe außerhalb der Stoßzeiten fahrscheinlos den Berliner ÖPNV benutzen können,  
312 und werden prüfen, wie durch eine City-Maut die Stadt vom Autoverkehr entlastet werden kann.  
313 Auch die Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung werden wir vorantreiben und uns dafür  
314 einsetzen, dass auch für Anwohner\*innen das Abstellen von Autos im öffentlichen Straßenland  
315 einen angemessenen Preis erhält. Mit diesen Maßnahmen und mit den geplanten 28 Milliarden  
316 Euro Investitionen durch den Nahverkehrsplan in die Infrastruktur des ÖPNV in Berlin, mit  
317 der Anschaffung von mehr und besseren S- und U-Bahn-Wagen, dem Ausbau der Tram-Linien und  
318 einer besseren Taktung, gerade bei den Buslinien in den Außenbezirken, werden wir das  
319 Verkehrssystem und die Strukturen so umbauen, dass es kein Verzicht, sondern ein Gewinn an  
320 Lebensqualität sein wird, das Auto stehen zu lassen. Dabei setzen wir besonders auf den  
321 Ausbau der Tramlinien und unterstützen die Ziele des Bündnisses „Pro Straßenbahn“. Bis 2030  
322 wird der gesamte öffentliche Nahverkehr elektrisch betrieben – auch das ist eine lohnende  
323 Investition in den Klimaschutz.

324 Alltagswege wollen wir kurz, angenehm und sicher gestalten, damit sie klimaschonend zu Fuß  
325 zurückgelegt werden können. Fußverkehrsfreundliche Ampelschaltungen, mehr Zebrastreifen und  
326 ein konsequenteres Vorgehen gegen Falschparker\*innen sollen dazu beitragen. Dazu wollen wir  
327 uns auf Bundesebene dafür einsetzen, die Strafen für Falschparken, gerade auf Fuß- oder  
328 Radwegen oder gar auf Baumscheiben und Grünflächen, auf mindestens 100 Euro deutlich zu  
329 verteuern und das Abschleppen schneller durchzuführen. Auch Sharing-Angebote haben auf den  
330 Fußwegen nichts zu suchen. Hier werden wir dafür sorgen, dass Abstellflächen auf der Straße  
331 oder auf Parkplätzen geschaffen werden.

332 Neben dem bereits erarbeiteten Kapitel zum Rad- und Fußverkehr werden wir das  
333 Mobilitätsgesetz auch um einen Teil zum Wirtschaftsverkehr erweitern. Um die Straßen zu  
334 entlasten, ist es für uns zentral, die Auslieferung von Paketen zu zentralisieren und  
335 dauerhaft auf Lastenräder umzustellen. Erste Projekte, die ausgehend von zentralen  
336 Lagerstellen die Anwohner\*innen mit Lastenrädern beliefern, haben wir schon initiiert und  
337 wollen sie immer weiter ausbauen. Darüber hinaus muss auch der Lieferverkehr für den  
338 Einzelhandel und Supermärkte besser strukturiert und gesteuert werden, damit wir die Straßen  
339 weiter entlasten. Gerade die Digitalisierung bietet hier viele Möglichkeiten. Und wir  
340 unterstützen die Unternehmen beim Umstieg auf die Elektromobilität. Mit dem Förderprogramm  
341 „Welmo“ (Wirtschaftsnahe Elektromobilität) wurden bereits zusätzlich über 400 Ladepunkte  
342 geschaffen.

343 Kurzfristig wollen wir durch autofreie Sonntage und mehr Spielstraßen für Kinder die Kieze  
344 vom Autoverkehr entlasten und die Lebensqualität steigern. Darüber hinaus wollen wir prüfen,  
345 wie wir nach dem Vorbild von Wien oder Paris in den heißesten Monaten ausgewählten Straßen  
346 auch hitzefrei geben können, um dort für Abkühlung und Erholung zu sorgen. Dies kann jedoch  
347 nur eine Übergangslösung sein, denn dauerhaft wollen wir autofreie Kieze, autofreie Straßen  
348 und bis 2030 die Innenstadt zu einer Null-Emissions-Zone umgestalten, in der kein Fahrzeug  
349 mit Verbrennungsmotor mehr fahren darf.

350 Klimaschutz beginnt beim Essen

351 Nicht nur durch Wärme und Verkehr erzeugen wir CO<sub>2</sub>, sondern auch durch unsere Ernährung. Mit  
352 unseren Kaufentscheidungen und Ernährungsgewohnheiten tragen wir Verantwortung dafür, wie  
353 viel der klimaschädlichen Emissionen CO<sub>2</sub>, Methan und Lachgas durch Massentierhaltung,  
354 konventionellen Ackerbau und Transport von Lebensmitteln verursacht werden. Als größte  
355 Verbraucherstadt Deutschlands haben wir es in der Hand, für eine klimafreundliche  
356 Landwirtschaft zu sorgen. Deshalb geht für uns Klimaschutz nur Hand in Hand mit einer  
357 Ernährungswende. Dazu gehört auch ein radikaler Wandel in der Gemeinschaftsverpflegung. In  
358 Berlin haben wir dafür die Kantine Zukunft Berlin nach dem Vorbild des Kopenhagener House of  
359 Food auf den Weg gebracht. Diese soll neben der Bereitstellung von Informationen vor allem  
360 die öffentlichen Kantinen in den Berliner Verwaltungen, Krankenhäusern, Schulen, den Kitas  
361 und anderen staatlichen Einrichtungen beraten und dabei unterstützen, Schritt für Schritt  
362 das Angebot so umzustellen, dass deutlich mehr regionale, ökologische und vegan-vegetarische  
363 Produkte angeboten werden. Dabei setzen wir auf eine enge Zusammenarbeit mit dem Land  
364 Brandenburg. Als größte deutsche Stadt kann Berlin mit einer Umsteuerung der  
365 Gemeinschaftsverpflegung hin zu regionalen, saisonalen und ökologischen Produkten einen  
366 erheblichen Einfluss auf die Lebensmittelproduktion in der Region nehmen. Die  
367 Ernährungswende in Berlin und die Agrarwende in der Region hängen eng zusammen.

368 Mit der Ernährungsstrategie, die derzeit in einem partizipativen Prozess mit der  
369 Stadtgesellschaft erarbeitet wird, legen wir den Grundstein für den Weg hin zu einem  
370 nachhaltigeren, urbanen Ernährungssystem. Wir bündeln in dieser Strategie Ziele, Maßnahmen  
371 und Visionen, nehmen Impulse aus der Gesellschaft auf und unterstützen die gesellschaftliche

372 Bewegung, die eine Ernährungswende hin zu mehr saisonal, regional und biologisch  
373 produzierten Lebensmitteln fordert. So schaffen wir Strukturen, die dauerhaft für eine  
374 Ernährungswende arbeiten.

375 Wir wollen aber auch, dass weniger Essen weggeschmissen wird. Gerade Supermärkte sind hier  
376 in der Verantwortung, neue Wege zu gehen. Dass das Mitnehmen von weggeschmissenem Essen, das  
377 sogenannten Containern, noch unter Strafe steht, ist nicht nachvollziehbar. Daher begrüßen  
378 wir die Bundesratsinitiative unseres Landwirtschaftssenators Dirk Behrendt, dieses zu  
379 legalisieren, und treten darüber hinaus für ein gesetzliches Wegwerfverbot von Lebensmitteln  
380 bei Supermärkten ein.

381 Durch eine strukturelle Veränderung bei den auswärtigen Essensangeboten durch die Kantine  
382 Zukunft Berlin und eine deutliche Verringerung von weggeworfenem Essen schaffen wir den  
383 strukturellen Einstieg in die Ernährungswende und werden dauerhaft für den Klimaschutz  
384 Erfolge erreichen.

385 Berlin muss grüner werden

386 Bäume binden CO<sub>2</sub> und Grünflächen tragen dazu bei, dass Wasser versickern kann und so die  
387 Stadt gekühlt und Pflanzen mit Nahrung versorgt werden. Blumen stellen die Nahrungsquelle  
388 für Insekten und Bienen dar. Mehr und besseres Grün trägt dabei also nicht nur zu einer  
389 besseren Lebensqualität bei, sondern rettet auch das Klima.

390 In unserem [Beschluss „Grün statt Grau“](#) haben wir dazu bereits ausführlich Stellung bezogen.  
391 Zentral bleibt dabei für uns, dass wir nicht nur vorhandene grüne Oasen – die Parks, die  
392 Freiflächen, Wälder, Naturschutzgebiete und Freiräume – schützen, sondern auch dafür Sorge  
393 tragen, dass das Grün in der Stadt weiter wächst. Wir wollen, dass Grünflächen und  
394 Grünverbindungen in Berlin ein vitales Netz ergeben. Seien es Hinterhöfe oder Dächer, seien  
395 es Parkplätze oder Vorplätze – noch immer gibt es riesige Potenzialflächen, die entsiegelt  
396 und begrünt werden können. Damit dauerhaft das Grün in der Stadt wächst, müssen wir den  
397 Ankauffonds ausweiten und noch mehr Flächen ankaufen, die für Flora und Fauna reserviert  
398 werden. Und wenn durch Neubauten Grün verdrängt wird, muss es an anderer Stelle in Berlin  
399 wieder entstehen. Dabei ist entscheidend, dass Ausgleichszahlungen nur im absoluten  
400 Ausnahmefall möglich sind. Mit dem Ökokonto verändern wir die Strukturen dauerhaft so, dass  
401 das Land Berlin Stadtgrün und Biotopflächen schon vorab qualitativ hochwertig und  
402 zusammenhängend entwickeln kann und diese im Nachhinein durch verschiedene Bauherr\*innen  
403 refinanziert werden. So beschleunigen wir diesen Prozess enorm und schaffen einen  
404 Systemwechsel, bei dem auch die ökologische Qualität bei den Ausgleichsmaßnahmen eine  
405 entscheidende Rolle spielt.

406 Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass es in allen Quartieren genügend Grünflächen für  
407 Erholung, Bewegung, Begegnung und Naturerfahrung gibt. Diese sollen auch Platz für  
408 standortgerechte Vegetation und Lebensraum für Tiere bieten. Parks und Grünflächen steigern  
409 nicht nur die Gesundheit und Lebensqualität, sondern sind auch wichtige Kälte- und  
410 Frischluftpuffer. Neben Dachgärten, Fassaden- und Dachbegrünungen müssen deshalb ausreichend  
411 öffentliche Spielplätze und Parks eingeplant werden.

412 Dabei stellen uns die Sturm-, Brand- und Dürreschäden der letzten Jahre vor große  
413 Herausforderungen, eröffnen aber gleichzeitig auch eine Chance. Das reine Aufforsten der  
414 Wälder in altbekannter Art ist keine Option. Mit Blick auf die absehbaren Folgen des  
415 Klimawandels brauchen wir einen Umbau der Wälder – auch der Wirtschaftswälder – hin zu einem  
416 naturnahen Waldbau und naturnaher Parkpflege.

417 Seltene Pflanzen und Tierarten brauchen die Möglichkeit des „Wanderns“, um den Genpool zu  
418 stärken und die Biodiversität in unseren Biotopen zu erhöhen. Hier müssen endlich genügend  
419 Möglichkeiten – wie Fischwandertreppen an Schleusen, Renaturierung der Bäche und Flüsse,  
420 Ein- und Ausstiegsmöglichkeiten an den Kanälen und sichere Querungsmöglichkeiten an  
421 Autobahnen, Straßen und Brückenneubauten – in wesentlich größerem Umfang als bisher  
422 geschaffen werden. Dazu müssen auch die Biotopverbindungen vom Umland in die Innenstadt und  
423 das innerstädtische Biotopnetz zwingend erhalten und neu geschaffen werden. Naturschutz- und  
424 Waldbaumaßnahmen müssen besser mit den Bürger\*innen kommuniziert werden, um Akzeptanz für  
425 Natur- und Klimaschutzmaßnahmen zu erzeugen. Dazu werden wir Naturwachtstützpunkte und  
426 Rangerstellen in den größeren Waldgebieten und Biotopen Berlins einrichten.

427 Mit der Charta für das Berliner Stadtgrün hat die Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und  
428 Klimaschutz nicht nur eine Debatte über ein grünes Berlin eingeleitet, sondern legt damit  
429 konkrete Handlungsmaßnahmen vor, wie wir die Stadt in den kommenden Jahren dauerhaft  
430 verändern. Die Vielzahl vorhandener Konzepte für das Grün ist eine gute Grundlage – sei es  
431 der Kleingartenentwicklungsplan, die Friedhofsplanung, die Strategie Stadtlandschaft, das  
432 Landschaftsprogramm, die Strategie biologische Vielfalt oder der Stadtentwicklungsplan  
433 Klima. Entscheidend ist nun, dass über die Charta die vielen guten Planwerke und Strategien  
434 mit Leben gefüllt werden und das Stadtgrün durch konkrete Maßnahmen dauerhaft bewahrt und  
435 gestärkt wird. Bei diesen Bemühungen ist darauf zu achten, dass im Sinne der  
436 Umweltgerechtigkeit vor allem dort das Stadtgrün für benachteiligte Menschen gestärkt und  
437 ausgebaut wird, wo Grün- und Erholungsflächen eher Mangelware sind.

438 Klimaverantwortlich wirtschaften und finanzieren

439 Was wir konsumieren und kaufen erzeugt CO<sub>2</sub> in anderen Teilen der Welt. Wir stehen auch zu  
440 dieser Verantwortung. Deshalb sollen die landeseigenen Unternehmen beispielhaft vorangehen:  
441 Wir wollen, dass sie ihre Klimawirkungen in den unternehmerischen Nachhaltigkeitsberichten  
442 transparent machen und einen Fahrplan entwickeln, wie sie möglichst schnell klimaneutral  
443 wirtschaften können. Wir fordern den Senat auf, im Rahmen seiner Aufsichtskompetenzen die  
444 Erarbeitung eines solchen Fahrplans in den Zielvereinbarungen der Unternehmen zu verankern  
445 und die Umsetzung als Teil der variablen Vergütung der Geschäftsleitungen zu vereinbaren.

446 Die Förderbank des Landes Berlin (IBB) soll ihre Förderpolitik soweit wie möglich an den  
447 Klimazielen ausrichten. Auch bei der Vergabe von nicht umweltschutzbezogenen Bundes- oder  
448 EU-Mitteln soll sie die Klimawirkungen der Endkredite bei ihren Entscheidungen  
449 berücksichtigen. Auch hier gilt somit der Klimavorbehalt. Wir verzichten auf die Förderung  
450 klimaschädlicher Geschäftsmodelle.

451 Gerade im Kontext des Klimawandels muss Digitalisierung endlich nachhaltig gestaltet werden.  
452 Wir fordern langfristig eine Umgestaltung des Lebenszyklus' der Informationstechnologie  
453 (IT). Wir wollen die Verlängerung der Nutzungsdauer von IT, um den bisherigen ökologischen  
454 Fußabdruck zu reduzieren. Dafür muss sichergestellt werden, dass Anwendungs- und  
455 Systemsoftware auch bei Weiterentwicklung und Aktualisierung auf allen Geräten lauffähig  
456 bleibt. Die Ausstattung muss auf eine lange Nutzung und Erweiterbarkeit ausgelegt und durch  
457 OpenSource gefördert werden. Die Reparatur von Hardware muss für alle zugänglich werden.  
458 Deshalb sprechen wir uns für ein Recht auf Reparatur aus – diesem werden wir auf Bundesebene  
459 Nachdruck verleihen. Berliner Unternehmen und Institutionen, die hier bereits vorangehen,  
460 werden wir unterstützen, diesen Schritt zu wagen.

461 Regulatorische Änderungen im Finanzsystem müssen auf EU- und Bundesebene erfolgen. Aber auch  
462 auf Landesebene gibt es Spielräume: Die Altersversorgungsrücklagen des Landes Berlin werden  
463 bereits teilweise als nachhaltige Kapitalanlagen bewirtschaftet. Dies wollen wir ausbauen,

464 vor allem durch die Erhöhung des nachhaltig bewirtschafteten Betrags und die Anwendung  
465 strengerer Standards, damit aus dem öffentlichen Dienst entstehende Pensionen und Renten  
466 nicht mit klimaschädlichen Geschäften erwirtschaftet werden.

467 Wann wenn nicht jetzt!

468 Bündnis 90/Die Grünen Berlin sind dem Klimaschutz verpflichtet. Wir stehen zum Pariser  
469 Klimaschutzabkommen und werden alles tun, damit Berlin seiner Verantwortung gerecht wird.  
470 Mit den beschriebenen Maßnahmen werden wir die Strukturen so verändern, dass wir die sozial-  
471 ökologische Transformation konsequent und dauerhaft umsetzen können. Für uns ist klar, dass  
472 wir Berlin klimaneutral umbauen müssen – und zwar jetzt! Dabei ist für uns nicht eine große  
473 Debatte über Jahreszahlen entscheidend, sondern wie viele Tonnen CO<sub>2</sub> wir einsparen.  
474 Entscheidend ist, dass wir radikal vernünftige Maßnahmen so schnell wie möglich  
475 implementieren und unser Klima endlich konsequent schützen. Den Rückenwind der Straße werden  
476 wir dafür nutzen, um ausgehend von den hohen Zielen im Koalitionsvertrag noch eine deutliche  
477 Schippe drauf zu legen.